

Bayern zum Vorreiter für Klimaschutz in Europa machen

Im Zusammenhang mit der Klimakonferenz in Kopenhagen hat sich die CSU-Fraktion in einem **Dringlichkeitsantrag** dazu bekannt, **Bayern zum Vorreiter für Klimaschutz in Europa** zu machen.

Schon heute steht Bayern mit einem Ausstoß von jährlich 6,5 Tonnen CO₂ pro Kopf im internationalen Vergleich gut da. Gleichwohl ist die globale Klimaänderung im 21. Jahrhundert auch für Bayern weiterhin eine gewaltige ökologische Herausforderung. Wir werden mit unserer **nachhaltigen Klimaschutzpolitik** in Bayern weiterhin konsequent auf eine **Doppelstrategie** setzen: zum einen die **konsequente Verminderung von Treibhausgasemissionen** insbesondere durch eine intelligente Energiepolitik, zum andern die Entwicklung und Um-

setzung von **Anpassungsstrategien an die unvermeidbaren Auswirkungen der Klimaveränderung**.

Vor diesem Hintergrund haben wir uns auch dafür ausgesprochen, das erfolgreiche Klimaprogramm Bayern 2020 fortzuschreiben. Insbesondere sollen die **Emissionen von Treibhausgasen in Bayern bis 2020 deutlich unter 6 Tonnen CO₂ pro Kopf und Jahr, bis 2030 auf weniger als 5 Tonnen** reduziert werden. Außerdem wollen wir Bundesprogramme zur Energieoptimierung öffentlicher Gebäude durch gezielte regionale Maßnahmen ergänzen, die **energetische Gebäudesanierung** durch den flächendeckenden Ausbau der Energieberatung in den Regionen **stärken** und **Bayern zum Elektromobilitätsland Nr. 1** machen.

Zweite Säule der Forschungsförderung ausbauen

Im Jahr 2000 beschlossen die Staats- und Regierungschefs beim Europäischen Rat in Lissabon, die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Wirtschaftsraum der

Welt zu machen. Ein zentrales Ziel im Rahmen dieser „Lissabon-Strategie“ ist es, **dass in den Mitgliedsstaaten 3 % des Bruttoinlandsprodukts in**

Forschung und Entwicklung investiert werden.

Der Freistaat **Bayern** hat diese Zielgröße bereits **erreicht**. Die Bundesrepublik **Deutschland** verzeichnet allerdings **derzeit nur 2,5 %**. Dies liegt auch daran, dass es in Deutschland – neben der bewährten Projektförderung und dem Betriebsausgabenabzug – keine zusätzlichen Impulse für betriebliche Aufwendungen in Forschung und Entwicklung gibt.

Die CSU-Fraktion hat sich deshalb in einem **Dringlichkeitsantrag** für **zusätzliche steuerliche Anreize** (etwa in Form von Steuergutschriften) **für Forschungs- und Entwicklungsausgaben der Unternehmen** eingesetzt. Damit wollen wir insbesondere auch die kleinen und mittleren Unternehmen erreichen und für eine möglichst starke Erhöhung der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung im Bereich der Privatwirtschaft sorgen.

Häusliche Pflege erleichtern

In den nächsten Jahrzehnten wird eine **wachsende Zahl von Menschen auf Pflege angewiesen** sein. Deren Wunsch wird es sein, möglichst lange in ihrer gewohnten Umgebung zuhause leben zu können. Deshalb **brauchen wir** einen Ausbau der ambulanten Pflegedienstleistungen ebenso wie **geeignete Rahmenbedingungen dafür, dass Senioren** und ihre pflegenden Angehörigen **Unterstützung bei einfachen Verrichtungen erhalten können, um das Alltagsleben zu Hause zu bewältigen**. Die in vielen Fällen hierfür angestellten **ausländischen Hilfskräfte** sind zwar befugt, hauswirtschaftliche Tätigkeiten auszuüben. Ob sie daneben auch Un-

terstützung in Form notwendiger **pflegerischer Alltagshilfen (einfache Hilfestellungen bei der Körperpflege, der Ernährung oder der Mobilität) leisten dürfen, ist** nach der geltenden Rechtslage **nicht klar**.

Unser **Ziel** ist es, **Rechtssicherheit** für die betroffenen Familien wie auch die ausländischen Hilfskräfte zu schaffen. Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** aufgefordert, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, **dass ausländische Hilfskräfte ebenso wie pflegende Angehörige oder deutsche Hilfskräfte auch notwendige pflegerische Alltagshilfen erbringen dürfen**.

Neue Oberstufe am Gymnasium begleiten

Seit Beginn dieses Schuljahrs befinden sich erstmals Schülerinnen und Schüler des 8-jährigen Gymnasiums in der

neuen Oberstufe. Deshalb hat die CSU-Fraktion von der Staatsregierung in einem **Dringlichkeitsantrag** einen

Bericht über die bisherigen Erfahrungen mit der neuen Oberstufe verlangt. Dabei soll die Staatsregierung auch darauf eingehen, zu welchem Ergebnis sie bei ihrer Umfrage zu den unterschiedlichen Stundenbelastungen der Schülerinnen und Schüler gekommen ist. Die bereits ergriffenen und geplanten Maßnahmen zur Reduzierung der individuellen zeitlichen Belastung sollen dem Landtag ebenfalls vorgestellt werden.

In dem Dringlichkeitsantrag haben wir ausdrücklich betont, dass uns die **Vermeidung von Überlastung und die Sicherung der Chancengleichheit für die Schülerinnen und Schüler im 8-jährigen Gymnasium im Vergleich zum G9 ein wichtiges Anliegen** ist.

Gesamtkonzept für den Bahnknoten München erarbeiten

Die **Flughafenanbindung und Verbesserungen des S-Bahn-Netzes in München** sind Gegenstand eines weiteren **Dringlichkeitsantrags**. Darin haben wir ein **Gesamtkonzept für den Bahnknoten München gefordert**.

Es ist uns ein Anliegen, dass vor einer endgültigen Entscheidung alle Infrastrukturmaßnahmen im Bahnknoten München, die in den nächsten Jahren erforderlich sind (schnelle Flughafen-

anbindung aus der Münchner Innenstadt und der Region, Erdinger Ringchluss, Verbesserung der Güterverkehrsabwicklung) noch einmal vertieft betrachtet werden. Dies soll im Hinblick auf die bis Frühjahr 2010 laufende Untersuchung durch den Bund und die Olympiabewerbung Münchens für 2018, für die wesentliche Infrastrukturmaßnahmen notwendig sind, so zügig wie möglich erfolgen.

Weitere Maßnahmen und Initiativen

Alltagskompetenzen in Schulen vermitteln

Zwar ist die **Vermittlung von Fähigkeiten der Lebensgestaltung und Alltagsbewältigung** zentrale Aufgabe der Eltern. Nachdem wissenschaftliche Untersuchungen bei Jugendlichen allerdings erhebliche Defizite in diesem Bereich ergeben haben, sehen wir es

als notwendig an, dass **auch in den Schulen** ergänzend entsprechende Kompetenzen vermittelt werden.

Deshalb haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, ein **Konzept zu entwickeln**, wie **insbesondere im Rahmen der Ganztagschulen** Schülerinnen und Schülern Alltagskompetenzen, wie z. B. gesundheits-

bewusste Nahrungszubereitung, Verbraucherbildung, Sozial- und Personalkompetenzen verstärkt beigebracht werden können.

Regelungen über die Elternzeit den Bedürfnissen der Eltern anpassen

Die **derzeitige Ausgestaltung der dreijährigen Elternzeit** wird den **Bedürfnissen vieler junger Familien nicht mehr ausreichend gerecht**. Insbesondere ist es für sie derzeit schwierig, nach Vollendung des dritten Lebensjahres ihres Kindes Elternzeit in Anspruch zu nehmen. Und dies, obwohl sie angesichts des dynamischen Ausbaus der Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren in der Zeit danach, vor allem während des ersten Grundschuljahrs, vor größere Probleme gestellt sind, die Betreuung des Kindes zu organisieren.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, sich für eine **Änderung der entsprechenden Rechtslage** einzusetzen. **Unser Ziel ist es, dass sich Eltern bis zur Vollendung des 8. Lebensjahres ihres Kindes frei entscheiden können, wann sie Elternzeit nehmen**. Dabei sollen sie künftig **im Einvernehmen mit ihrem Arbeitgeber** frei entscheiden können, welchen Anteil der Elternzeit sie auf die Zeit nach dem 3. Geburtstag übertragen und in wie vielen Intervallen sie ihn nehmen wollen. Wichtig ist uns auch, dass ein **Übertrag nicht verfallen soll, wenn sich die Eltern nicht bis zum 3. Geburtstag mit dem Arbeitgeber ins Benehmen gesetzt haben**. Bis es zu einer Gesetzesänderung kommt, wollen wir, dass Eltern vor dem

2. Geburtstag ihres Kindes über die Ablauffrist der Elternzeit nach Vollendung des 3. Lebensjahres informiert werden.

Absenkung des deutschen Verbraucherschutzniveaus verhindern

Ein **Richtlinienvorschlag der EU sieht vor, wesentliche Teile des Verbraucherschutz- und Vertragsrechts vollständig zu harmonisieren**. Dies hätte zur Folge, dass die Mitgliedsstaaten in diesen Bereichen keinen nationalen Regelungen beibehalten oder neu einführen dürften, die über das in der Richtlinie vorgegebene Verbraucherschutzniveau hinaus gehen. Dies **würde zu einer nicht hinnehmbaren Verschlechterung des deutschen Verbraucherschutzstandards führen**.

In einem Antrag hat sich die CSU-Fraktion deshalb nachdrücklich gegen diesen Richtlinienvorschlag und für die Bewahrung des im EU-Vergleich hohen Schutzniveaus deutscher Verbraucherrechte ausgesprochen.

Über Borreliose-Erkrankungen in Bayern berichten

Die **Lyme-Borreliose** ist in der nördlichen Hemisphäre die häufigste durch Zecken auf den Menschen übertragene Infektionserkrankung. In den letzten Jahren wurde **eine Zunahme dieser Erkrankungen** festgestellt. Damit verbunden ist eine **erhebliche Verunsicherung in der Bevölkerung**. Vor diesem Hintergrund haben wir von der Staatsregierung in einem Antrag einen **Bericht über die Entwicklung der**

Borreliose-Erkrankungen in den letzten fünf Jahren verlangt.

Dabei wollen wir insbesondere wissen, **ob** es nach den Erfahrungen niedergelassener Ärzte und Klinikärzte **Schwierigkeiten bei der Diagnose und Behandlung der Borreliose** gibt. Außerdem kommt es uns darauf an, **welche Initiativen** unternommen wurden, **um die Mediziner entsprechend fortzubilden und die Öffentlichkeit auf die Gefahren eines Zeckenbisses hinzuweisen**. Schließlich soll auch die **Frage** beantwortet werden, **ob die Einführung einer Meldepflicht sinnvoll ist**.

Organspenden unterstützen

Im Zusammenhang mit der parlamentarischen Beratung der Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantations- und des Transfusionsgesetzes hat die CSU-Fraktion in einem Antrag betont, dass das **Thema Organspende in den Krankenhäusern stärkere Aufmerksamkeit erhalten muss**. Da die Pflegekräfte für Angehörige wichtige Ansprechpartner bei Fragestellungen zur Organentnahme sind, halten wir es für erforderlich, sämtliche **Fortbildungsmaßnahmen von Pflegekräften zu stärken**. Außerdem soll die Staatsregierung auf Bundesebene dafür sorgen, dass die **Aufwandspauschalen für Krankenhäuser bei Organentnahmen erhöht** werden.

Top-Level-Domain „.bayern“ einführen

Im Laufe des Jahres 2010 werden im Internet neue Top-Level-Domains

(TLD) zugelassen. Nachdem in der Vergangenheit die bekannten Adressen wie z. B. .de, .com., net., eingeführt wurden, ist jetzt geplant, auch Namen von Städten und Regionen als Adressendungen zuzulassen.

Vor diesem Hintergrund haben wir die Staatsregierung in einem Antrag aufgefordert, die **Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Internetadressierung „.bayern“ eingeführt wird**. Hiervon versprechen wir uns für Bayern und die bayerische Wirtschaft eine große Chance, auch im Internet die wirtschaftlichen und kulturellen Stärken und Besonderheiten noch stärker als bisher präsentieren zu können.

Über Tele- und Wohnarbeitsplätze in der Staatsverwaltung berichten

Die Staatsregierung soll über die aktuelle Zahl der Tele- und Wohnarbeitsplätze in der bayerischen Staatsverwaltung berichten sowie eine Einschätzung zur Größenordnung der dafür insgesamt geeigneten Arbeitsplätze abgeben.

Arbeit der Seminarlehrer in Bayern evaluieren

Schließlich haben wir uns in einem Antrag dafür ausgesprochen, die Arbeit der Seminarlehrer an allen Schularten in Bayern zu evaluieren. Dabei sollen besonders einheitliche Standards bei den Beurteilungen der Referendare sowie bei der pädagogischen und didaktischen Ausbildung beachtet werden.

